

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen oder Briefposten 1.40 Geldmark, durch die Post 1.60 Geldmark und als Colportage für Postgebühren. Bezug der Anzeigen-Annahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach folgenden Zeilen berechnet: Die Zeile 0.21 Geldmark. Druckgebühren: Neue Promenade 1a und Dr. Neubausstraße 17. Fernruf: Sammelnummer 7431. Druck-Redaktion: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Postfach 22815. Druckerei: Carl Schwanitz, Halle a. S., Postfach-Rente: Leipzig Nr. 22815. Verlagsort: Halle a. S.

Stresemanns letzter Appell. „Zivilcourage ist notwendig!“

Stuttgart, 3. Mai. In einer großen öffentlichen Wahlversammlung sprach Dr. Stresemann. Er bezeichnete es als den größten dummen Fehler, wenn wir nicht das Geduld nehmen, was wir bekommen können, denn wenn England und Amerika endlich einmal interessiert wird an der deutschen Wirtschaft, werden sie auch interessiert daran, über Arbeitslosigkeit oder Verdienstmöglichkeit, haben. Nicht aus Liebe für Pöbelerei hätten wir selber die Befähigungstests bezogen, sondern, damit die Menschen im besten Gebiet nicht neben der großen heillosen Zahl der Arbeitslosigkeit auch noch die Kosten mit ihrem eigenen Gebe bezahlen müssen.

Alle Parteien, einschließlich der Deutschen Nationalen, im besten Gebiete seien mit der dringenden Bitte an die Regierung heranzutreten, unter allen Umständen die Befähigungstests weiter zu bestehen.

Wenn, nachdem wir nach einem Sachverständigenrat gefordert haben, und nachdem die einzige Macht, die auf Frankreich wirken kann, sich zur Regelung der europäischen Dinge an die Spitze stellt, eine deutsche Regierung folgen würde „Annehmbar“, dann hätten wir das Spiel Potemkin gespielt und wären die größten diplomatischen Esel. Oder sollen wir sagen: Wir müssen die neue Regierung abwarten! Wenn etwas in Deutschland notwendig ist, so ist es das, daß wir es nicht abwarten, sondern es machen. Eine Verantwortung übernehmen. Wenn unter Volk nicht eintritt, daß es in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit einig sein muß mindestens im Inneren, dann ist ihm nicht zu helfen. Wäre der Gedanke richtig, daß man doch einmal versuchen möchte, dann mit keine Verantwortung heute bei dem Wahlsinn der 23 Parteien-Politik verdrängt; denn wenn schon einmal gekämpft werden muß, um das Letzte, die Freiheit, dann muß man doch das Besten einbringen zu diesem Kampf. Behauptung sei, daß das deutsche Volk von einem Schlagwort zum anderen gehet, wie die ihm damals gebräut hätten:

„Es dürfen nicht eine Minute verstreichen, um zu einer Verständigung zu kommen, sonst brechen wir darüber zusammen.“

Wenn ein Recht in den Augenbild gegeben werde, wo das Herz im Rücken, und die Schärfe verloren sei, bleibe einem anhänglichen Feldherren nichts mehr übrig, als den Rückzug durchzuführen. So gut wie möglich, und so schnell, was zu retten sei. Zum Schluß gab Dr. Stresemann dem Volke nach einer großen nationalen Einheitswelle Ausdruck, zu der die Befähigung einer Einheitsfront gehöre. Dr. Stresemann fand mit seinen wiederholten von harten Weisheitsausdrücken unterbrochenen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der großen Versammlung, an deren Schluß das Deutschlandlied gelungen wurde.

Rus der Wahlbewegung.

Zwanzigjährig statt dreißigzwanzig!

Der deutsche Wähler war bisher der bescheidenden Ansicht, daß er uns einer Zahl von dreißigzwanzig Parteien erfreuen. Jetzt erfährt er, daß dies ein vorzeitiger Irrtum war. Tene Anzahl schließt sich nämlich allein auf die Liste der Reichswahlvorschlüge. Derartige Vorschläge sind allerdings von „nur“ dreißigzwanzig Parteien gestellt worden. Unter den Reichswahlvorschlügen tauchen noch viel mehr Parteien auf, und zwar im ganzen — fünf und siebenzig. So gibt es eine „Partei des Volkswirtschaftlers“, eine „Partei der Mieter“ (Mieterbund und Bodenrecht), einen „Bauern- und Weinbauernbund“

Wahlhumor.

In Leipzig kam es beim Auftreten des Weltfremden Hücker zu humoristischen Zwischenfällen. Hücker erschien in der Versammlung mit einer silbernen Kette um die Hand, einer gelben, ledernen Automütze

Das Vaterland ruft!

Auf zur Schicksalswahl.

Euch ruft es, deutsche Wähler! Die Reichstagswahl am 4. Mai ist nicht alltägliches politisches Geschäft, sondern Vaterlandsdienst. Kein Mann, keine Frau der Deutschen Volkspartei darf fehlen. Es geht um Höchstes. Das deutsche Volk soll entscheiden, ob es zur Rettung aus seiner Not den vornehmsten offeneren Weg willensstarker Arbeit weiter-schreiben, oder ob es das Experiment machen will, mit Machtpolitik ohne Macht seine Fesseln zu sprengen. Dieser zweite Weg führt unrettbar ins Verderben. Gelänge es der Fäule und Verfehlung, den maßgebenden Einfluß der Deutschen Volkspartei herab-zulassen oder auszuwischen, so wäre es ein Unglück für das Vaterland. Tausend Hemmungen würden sich einschleichen in den freien Fortgang des durch jahrelange mühevolle Arbeit Erreichten, vieles schon Erreichte würde wieder verloren gehen, innere und äußere Politik den schwersten Erschütterungen ausgesetzt werden. Darum müssen alle auf dem Plane sein. Gefährdet ist die Deutsche Volkspartei in dem bevorstehenden Waffengange nicht durch den Mangel an Leitungen und Erfolgen; welche Partei hätte mehr und größerer an positiven Schöpfungen aufzuweisen? Gefährdet auch nicht durch die Angriffe der Gegner; sie lassen sich abhangeln, wenn jeder seine Schuldigkeit tut. Gefährdet würde sie nur sein, wenn der Geist der Unreinigkeit, der Unklarheit, der Eigenbräubelei, des Kleinlichen in ihren eigenen Reihen sich festzusetzen vermöchte. Ich denke nicht an die Abspaltung der sog. Nationalliberalen Vereinigung. Sie war nur der Vollzug einer von Anfang an längst vorhandenen innerlichen Scheidung und insoweit ein redlicher politischer Akt, eine Sache der Reinlichkeit. Was bestreben mußte, war nur der gewählte Zeitpunkt und die Firma „nationalliberal“. Denn von Liberalismus lobt kein Feindlein dahinter, und der Name ist eine Gesichtspunkt-fälschung. Aber diese Bewegung wird zerflattern. In Bayern so gut wie in Preußen oder andernwärts.

Die Sorge geht vielmehr um Tausende von Freunden außerhalb der parlamentarischen Ambition, die die Phrase einfangen, was, die sich blenden lassen durch die erfüllbare Versprechungen, die Stimmungen und Bestimmungen folgen über persönlich ihnen zugewandte Opfer, die in Gefahr stehen, durch Fäule und Verfehlung vermindert zu werden, die endlich müde geworden sind unter den trübseligen Kämpfen der Parteien und der schwebenden Erfolglosigkeit aller vaterländischen Arbeit. Diese rufen auf, mit heißen Schwanken, die Leichtgläubigen, die Schwankenden, die Unzufriedenen, die Verbitterten, die Launen. Am jählichen Gründe wollen darf man nicht treulos seine Fährten verlassen. Parteizugehörigkeit und politische Orientierung müssen sich nach den großen führenden vaterländischen Linien richten. Das ist der Hammer der Gegenwart,

auf dem Kopf und mit einem großen, langen Schafspelz beledet. Er redete etwa 10 Minuten und betonte immer das eigene Ich. Er sprach von seinem siebenjährigen Kampf gegen die Obrigkeit und sagte schließlich, er sei der einzige Unbesetzte, den es gebe. Damit in

das sich alles in Interessentengruppen auflöst, statt sich um den einzigen Vaterlandsgedanken zu scharren. Einzelne mögen Schaden leiden oder untergehen, das Vaterland muß leben. Dieses letzte und höchste Ziel muß uns zusammenhalten. Furhtlos laßt uns dem Ausgang auch dieses Wahlkampfes entgegengehen. Fort mit allem Pessimismus und ängstlichen Zahlenberechnungen. Komme es dahin, daß wir um einige Mandate ärmer würden, so soll uns das Schicksalsbewußtsein fürs Vaterland nicht lähmen. Darüber haben wir uns von Anfang an nicht getäußt, daß eine pflichtmäßige Politik der Verantwortlichkeit und Unpopulärkeit unserer Wahlverlorenen Abbruch tun könnte. Aber darauf kommt es nicht an. Das unsere Politik der Rettung des Reiches dienen konnte und mußte, war allein entscheidend. Das aber hat sie erfüllt. An dem, was erreicht ist in innerer und äußerer Politik hat die selbstlose Arbeit der Deutschen Volkspartei ihr reichliches Teil. Darum rechnen wir getrost auf die Anhängerschaft der Besonnenen im Lande. Nur muß jeder bis zum Letzten seine Pflicht tun. Mittel sie auf, die Verzagten, die da meinen, es beste ja noch nichts, das Schicksal werde seinen unerbittlichen Lauf nehmen. Das wird nicht geschehen, wenn wir willensstark und geschloffen durch Arbeitsfreudigkeit und Opferinn seinen Rüdern in die Speichen fallen. An uns selbst liegt es, das Schicksal zu wenden.

Die Deutsche Volkspartei hat im neuen Reichstag einen hohen Ruf zu erfüllen. Von rechts und links wird der hegebrliche Radikalismus sein Haupt erheben und wird nach der Macht greifen. Es ist vorzuziehen, daß widerliches Gezänke und kleinlicher Parteienstreit sich störend ernter sachlicher Arbeit entgegenstellen werden. Erziehungsgemäß zittern im Parlament die Leidenenschaften eines Wahlschlammes lange nach. Wer die schwärzhaften Diskussionen mancher Wahlverfälscherungen über sich ergehen lassen muß, hat einen Vorgeschmack. Aber eben deshalb darf der Einfluß der Deutschen Volkspartei nicht geschwächt werden. Sie muß der feste Mittelpunkt positiv schaffen der besonnenen Politik bleiben. Ihre Politik der nationalen Mitte, d. h. eine solche, welche die unentbehrlichen Werte und Güter der großen deutschen geschichtlichen Vergangenheit erhält und pflegt, aber den offenen Sinn dafür hat, die veränderten politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen Probleme mutig und vorurteilslos den Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen, eine solche Politik ist die einzige, welche die Lebens- und Dauerkraft in sich trägt, das deutsche Volk in eine bessere Zukunft hinüberzureiten. Niemand lasse sich täuschen durch Vorpiegelung eines bequemeren Weges als des der Arbeit und des Opfers. Alle heran! Ihr alten Freunde bleibt treu, bringt neue hinzu. Die Partei der Reichsgründung wird auch die Partei der Reichserhaltung sein. Das Vaterland ruft. D. Dr. Kahl.

Widerpruch stand aber sein Verhalten nach dieser Rede. Er nahm ein opulentes Maß ein, steckte sich eine duftende Papanna an und fuhr mit seinem Kraftwagen, in dessen Innerem sich drei Frauenteile eng aneinander kuschelten, ab.

„Wirtschaftsprogramm“. Von Dr. Kulekampsff, Magdeburg.

Vor der Wahl pflegen die Parteien Programme aufzustellen und damit die Arbeit kundzutun, dieses Programm soweit wie irgend möglich durchzuführen. Jede Partei weiß dabei, daß nicht jede Einzelheit sich durchführen läßt, da es ja noch andere Parteien gibt; aber sie muß, wenn sie ernst genommen werden will, ein Programm bringen, das, falls die Partei allein an die Macht käme, zum mindesten durchführbar ist. Man könnte kaum abwandeln und sagen: „Stelle nur solche Programme auf, von denen du wünschst, daß sie das Programm aller wären.“ Bisher war es jedenfalls üblich, nach bestem Willen danach zu handeln. Und ich nehme an, daß die Deutschen-Völkischen auch nach dieser Maxime handeln, und betrachte in großen Zügen ihr Wirtschaftsprogramm unter diesen Gesichtspunkten. Dabei verzesse ich nicht, zu erwähnen, daß am Schluß des Programms die Bitte ausgesprochen wird, nicht das Ganze zu verwerten, sondern mitzuarbeiten an der Verbesserung der Teile. Das klingt sehr schön, ist im Grunde aber nur das Eingeständnis einer geradezu bodenlosen Unfähigkeit und ein hilfloses Betteln: „Wir wissen ganz genau, daß es so nicht geht, bitte helft uns, die eure Führer sein wollen, damit ihr, die Gefährten, nicht in die Zee geleitet werdet.“ Das hat bisher noch keine Partei ihren Wählern zu sagen gewagt.

Das Programm selbst ist so wirr, daß eine bis ins einzelne gehende Kritik ein Buch erforderte würde, denn es wäre nötig, die einschlägigen und allen bekannten Gesetze der Wirtschaft erst bis ins kleinste abzubandeln, bevor man überhaupt eine Ebene findet, auf der man mit den Verfassern dieses Programms reden kann. Man kann nur einzelne Punkte herausgreifen.

Daß die Dinge heillos verfahren sind und eine gründliche Umgestaltung unserer sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu fordern ist, versteht sich bei einem von dieser Seite aufgestellten Programm von selbst. Das war immer so. Die unerfahrene Jugend hat noch immer zu der Erfahrung gelangt: „Erst muß mal alles anders werden“, wenigleich die Frage, „warum denn alles anders werden soll“ gar nicht zur Debatte gestellt wird.

Aus dem übergeordneten Satze, daß alles gründlich umgestaltet werden muß, wird dann die Begründung für das Programm abgeleitet, das, wie mir scheint, mehr ein Programm ist. Alle Forderungen werden verstaatlicht. Der einzelne darf seine Finken mehr nehmen, sondern nur der Staat hat dazu das Recht. Wer im Geschäft oder Haushalt Geld übrig hat, muß es dem Staate abliefern, der es in angemessenen Summen zurückzahlt. Zinsengeld ist verpönt. Wer im Alter, aus Krankheits- oder ähnlichen Gründen erwerbsunfähig ist, bekommt vom Staate eine Rente. Effekten- und Produktendörfe verschwinden, der Großhandel auch, „denn es darf nichts bestehen bleiben, was den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher unnötig verteuert.“ Die Verorgung des Volkes erfolgt gemeinde- und bezirkswise und „wird durch staatliche Maßnahmen“ sichergestellt. Dafür, daß Ware an den Markt kommt, haben Genossenschaften zu sorgen, wie sie auch die Überbeschaffung des Marktes mit Ware verhindern. Selbstverständlich stehen sie so miteinander in Verbindung, „daß jederzeit der Ausgleich von An-

Wahlfaulheit des Bürgertums ist Verrat an der nationalen Sache!
Sonntag von 8 bis 5 Uhr wird gewählt:
Deutsche Volkspartei!

